

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,50 M. Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 60 bei der Oberamtskasse Rottenburg Zweigt. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Bel. Haberle & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 16 Pfg., außerh. 20 einschl. Inf.-Steuer. Restamezeile 40 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offiziere u. bei Auskunftsstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Konfursfällen ab. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag u. Hauptchriftleitung Theodor Graf. Für den lokalen Teil verantwortlich: Karl Th. Flum in Wildbad

Nr. 67 Febr. 179 Montag den 22. März 1926 Febr. 179 61. Jahrgang

Mussolinis Heilige Allianz

Die jüngsten Genfer Ereignisse haben Mussolinis Abmachungen mit dem südslawischen Minister des Auswärtigen, Dr. Rintschitsch, überschattet, so daß dieser Vorgang weniger Beachtung gefunden hat, als er wohl verdient. Inzwischen erfährt man, daß in Genf über ein italienisch-französisch-südslawisch-griechisches Einvernehmen verhandelt worden ist und daß dieser Faden weitergesponnen werden soll. Was geht dort vor sich?

Italiens Politik richtete sich seit 1918 darauf, daß sich an seiner Nordostgrenze nicht wieder an der Stelle der glücklich geschlagenen Donaumonarchie eine neue Macht bilde. Hier kreuzten sich daher alsbald italienische und französische Interessen. Frankreich wünschte einen Donaubund, der unter französischem Patronat stehen und sowohl Deutschland wie Italien im Schach halten sollte. Das Werkzeug dieser französischen Politik war Herr Benesch. Der Donaubund hat sich zwar nicht verwirklichen lassen, dafür aber der Kleine Verband (Tschecho-Slowakei, Südslawien, Rumänien). Was ihn im wesentlichen zusammenhielt, war die Furcht vor den Beraubten (Deutschland, Ungarn, Bulgarien, Rußland) und das gemeinsame Bestreben, sich zu unterstützen, die Kriegsgewinne festzuhalten. Italien fühlte sich durch den Kleinen Verband immer beunruhigt und hat fortwährend versucht, ihn entweder zu sprengen oder doch unter seine Führung zu bringen. Diesem letzten Ziel kam Mussolini im Januar 1924 durch den italienisch-südslawischen Vertrag schon einen großen Schritt näher. Es erregte überall gewaltiges Aufsehen, daß diese beiden Staaten, deren Verfeindungen zu einem festen Bestandteil der europäischen Politik geworden zu sein schienen, sich einigten. Mussolini erreichte damals die Zustimmung des widerstrebenden Südslawien, indem er etwa folgendes sagte: Italien wolle sich nicht länger durch den Schwebestand in der Adria verhin dert lassen, seinen großen Marsch in die Weltpolitik anzutreten; entweder Rom und Belgrad vertragen sich jetzt für längere Zeit, oder man schlage sich, und zwar bald und entscheidend. Italien sei zu beiden Möglichkeiten bereit. Belgrad hätte diesem Bündnis zwar eine engere Bindung mit Prag und Paris vorgezogen, am liebsten einen Waffenring, wie er schon Polen und die Tschecho-Slowakei mit Frankreich verband. Aber Mussolini drohte, dann werde er sich mit den noch außerhalb stehenden Ländern (Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Oesterreich) einigen und Südslawien einkesseln. So gab Belgrad nach, der römische Vertrag kam zustande, wurde in Rom und in Belgrad mit gleicher Freude aufgenommen und hat in der Tat beiden Völkern schon viel Nutzen gebracht. Damit hatte Italien auf dem Balkan Fuß gefaßt.

Wenigstens ein Jahr später stieg aus dem Lago Maggiore der Geist von Locarno auf. Für Mussolini war dieser Geist von Anfang an ein Schreckgespenst, denn Friedensgeister jeglicher Art sind für Mussolinische Naturen unerträglich. Für Mussolini — übrigens auch für noch manche andre — bedeuteten Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den Anfang vom Ende des Versailler Vertrags und der ihm verwandten (St. Germain, Trianon, Neuilly). Um diese drohende Entwicklung zu verhindern, bedient sich die römische Diplomatie etwa folgender Argumente: die angelsächsischen Mächte haben Frankreich seit 1923 Schritt für Schritt von Deutschland weggezogen und ihm durch Locarno am Rhein eine Schranke gesetzt, die Frankreich nicht mehr überspringen darf. Damit ist der Waffenring Frankreichs mit seinen östlichen Vasallen hinfällig und sind diese Staaten schutzlos geworden. Italien ist bereit, diesen Schutz zu übernehmen, den Frankreich nicht mehr ausüben kann. Schon Mussolinis Südtiroler Rede gegen Deutschland war bewußt für Belgrader und Prager Ohren gesprochen und besagte: Ihr Slawen, hört auf, wie ich, Mussolini, mit Berlin rede! Selbst Poincaré hat nicht gemagt, jemals eine solche Sprache zu führen. Wenn jetzt, im Zeitalter von Locarno, d. h. eines schwächlichen Pazifismus, noch irgend jemand imstande ist, die Friedensverträge aufrechtzuerhalten, dann bin ich es, Mussolini!

Das sind für polnische, tschechische, serbische und rumänische Ohren verführerische Klänge, und es dürfte Mussolini nicht allzuschwer werden, von diesen Staaten als eine Art Botschafter anerkannt zu werden, wenn er ihnen nur ihre Kriegsgewinne gewährt. Neulich war Herr Rintschitsch in Rom; danach kam aus Griechenland der Minister der Neuern und der Verkehrsminister; Herr Benesch soll im Begriff sein, von Genf aus nach Rom zu fahren; und eben weil dort der Sektionschef Schüller aus dem Wiener Handelsministerium. Dazu hört man, daß Mussolini erfolgreich in den serbisch-griechischen Streit um eine Freihafenzone in Saloniki eingegriffen habe. Ferner soll er die Probleme Albanien und Mazedonien kraft seiner neu erlangenen Balkanautorität zu lösen hoffen. Schüllers Besuch in Rom soll darauf zurückgehen, daß Mussolini bereit sei, Oesterreichs Zollleichterungen zu gewähren, um es dadurch von seinen Anschlußwünschen abzu-

Tagespiegel

Am Sonntag, den 21. März fand in Köln in Anwesenheit des Reichspräsidenten von Hindenburg eine große Befreiungsfeier statt.

Der bisherige britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Ronald Lindsay, ist zum Botschafter in Berlin an Stelle Lord d'Abernons ernannt worden.

Nächsten Mittwoch wird Chamberlain zum Ehrenbürger von London ernannt. Bei der Feier im Mansionhaus wird Chamberlain voraussichtlich eine Rede über den Völkerbund halten.

Nach amtlicher Mitteilung besitzt England zurzeit 658 Kampfflugzeuge erster Klasse; es liege nicht im englischen Interesse, die Zahl der Reiserostflugzeuge bekanntzugeben.

Mit Billigung der englischen Regierung werden vier englische Parlamentsmitglieder eine Studienreise nach Rußland machen.

Rußland hat die Beteiligung an der vorbereitenden Abrüstungs- und an der Weltwirtschaftskonferenz, die in Genf stattfinden sollen, abgelehnt. — Die Sowjetregierung liegt mit der Schweiz im Streit, weil die Schweiz für die selbsterzeitige Ermordung des Sowjetvertreter Worowski in Genf eine Sühne gegeben habe.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, sich nicht mit einem unständigen Ratssitz im Völkerbund zu begnügen, sondern einen ständigen zu verlangen.

Das holländische Abgeordnetenhaus hat die Gesandtschaft beim Vatikan mit 48 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Die türkische Regierung soll angeordnet haben, daß das Vermögen der in Konstantinopel wohnenden 50000 Griechen beschlagnahmt werde. (?)

Das Kabinett in Peking ist zurückgetreten.

bringen, und auch schon mit der Tschechoslowakei über diese österreichischen Wirtschaftswünsche eine Einigung erzielt habe, die nun bei der Zusammenkunft mit Benesch in die richtige Form gebracht werden soll.

Das alles ist ein feinnaschiges diplomatisches Netz. Zu allem Ueberflus soll es also nun auch mit Paris verknüpft werden als eine Art Rückversicherung. In diesem Netz zappeln so viele natürliche Gegensätze, die man nun künstlich zur Ruhe bringen will, daß es doch recht zweifelhaft erscheint, ob diese Fäden einer ernstlichen Belastung standhalten. Man mag an den Geist von Locarno glauben oder nicht, man mag ihn nennen wie man will: die Völker Europas werden das fürchtbare Unrecht, das den Besiegten angetan worden ist, wiedergutmachen, oder sie werden alle miteinander untergeben. Keiner Mussolinischen oder irgendeiner andern Allianz, und mag sie ihren „Egoismus“ als noch so „heilig“ ausgeben, wird es auf die Dauer gelingen, Europa den Weg zum wahren Frieden der Vernunft, der Moral und der Gerechtigkeit zu verwehren. Auf dem Wege dahin hat Deutschland die Führung.

Wien, 21. März. Wie verlautet, hat der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek verschiedenen diplomatischen Vertretern auswärtiger Mächte vertraulich mitgeteilt, Oesterreich beabsichtige nicht, sich dem Kleinen Verband anzuschließen, es wolle sich vielmehr alle Handlungsfreiheit bewahren. (Mussolini hat bekanntlich den Plan, Oesterreich auf seine Seite zu ziehen und in Gegensatz zu Deutschland zu bringen.)

Neue Nachrichten

Besprechungen über den Genfer Fehlschlag

Berlin, 21. März. In einer Besprechung mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien machten Reichskanzler Dr. Luther und Minister Dr. Stresemann Mitteilungen über Genf. Nach der kurzen amtlichen Mitteilung hierüber werden die Fraktionen einzeln noch Stellung zu dem Genfer Ergebnis nehmen. Am Montag soll mit der Beratung des Haushalts des Reichskanzleramts und des Auswärtigen Amts die Erörterung über Genf verbunden werden. Nach den Fraktionsführern der Regierungsparteien wurden die Abgg. Müller-Franken, Breitheid und Wels (Soz.) und Graf Westarp (Deutschn.) empfangen.

Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag eingebracht. Ein völkischer Antrag verlangt die Zurücknahme des Aufnahmegesuchs für den Völkerbund.

In einem Artikel der „Bayerischen Staatszeitung“ wird ausgeführt: „Wir sind über den Ausgang der Genfer Tagung nicht unglücklich: er entspricht unserer Auffassung von

dem Entwurf dieses Völkerbunds und den Gesetzen, denen Deutschland in ihm entgegengegangen wäre. Auf die Bundesgenossenschaft Bayerns würden der Reichskanzler und der Außenminister nur rechnen können, wenn es sich bei ihrer Völkerbundspolitik um eine zielbewußte und dem Gedanken der deutschen Befreiung hingeebene Politik handelte. So mancher führende Staatsmann wird seine leichtfertige Eigenbrötelei mit seinem Rücktritt bezahlen müssen. Die Politik von Locarno steht vor dem Zusammenbruch, trotz des Beschwichtigungsberichts der Locarno-Mächte, zu dem unbegreiflicherweise die deutschen Vertreter die Anregung gegeben haben.“

Auf eine Anfrage der Reichsregierung in München erklärte die bayerische Regierung, daß sie dem Artikel fernstehe.

Aus dem Reichstag

Berlin, 21. März.

Im Reichstag teilte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit, im Jahr 1925 seien für 852 Millionen Mark Luxuswaren eingeführt worden, besonders Kaffee, seine Süßfrüchte und Kakao. Eine Erhöhung der Landwirtschaftszölle lehne die Regierung ab; die Not der Landwirtschaft komme in erster Linie von ihrer kurzfristigen Verschuldung her.

Von Seiten der Deutschen Volkspartei wurde angeordnet, das Ernährungsministerium auf das Reichswirtschaftsministerium zu übertragen. Der derzeitige Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der der D. Vp. zugehört und der der Industrie nahesteht, würde also zugleich die Ministerien für Ernährung und Landwirtschaft zu verwalten haben. Gegen diesen Vorschlag traten Redner der Deutschnationalen und der Völkischen Partei sehr entschieden auf. Die Landwirtschaft dürfe nicht vollends auf die Seite geschoben werden.

Die Verhältnisse der Reichspost

Berlin, 21. März. Nach der Mitteilung des Reichspostministers Stüing im Haushaltsauschuss des Reichstags sind gegenwärtig im Reich über 1200 Postkraftwagenlinien im Ueberlandverkehr mit über 2700 Kraftomnibussen und sonstigen Personalkraftwagen im Betrieb. Die Zahl der Poststreckendaten beträgt 857 000. Im Fernsprechwesen gibt es über 2 1/2 Millionen Sprechstellen. Die Frage einer Tarifänderung wird geprüft. Die Telegraphie arbeitet mit Schaden. Dem Rundfunk sind über eine Million Teilnehmer angeschlossen; 19 Sender sind im Betrieb, ein weiterer wird in Baden aufgestellt. Am 31. Januar d. J. waren bei der Reichspost beschäftigt 251 307 Beamte im Hauptamt, 41 829 außerhalb des Beamtenverhältnisses. Die Einnahmen sind nach dem Stand vom 1. Januar um 16 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, die Ausgaben dagegen haben ihn um einige Millionen überschritten. Ob das Jahr 1925 ohne Fehlbetrag abzuschließen sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Die Personalausgaben sind um 2,2 v. H. gestiegen, die Betriebs- und Sachausgaben um 37,6 v. H. Die persönlichen Ausgaben betragen 58,7 v. H. der Betriebsausgaben. Die Beförderungsverhältnisse der höheren Beamten sind geradezu trostlos.

Die Reichsbahn im Februar

Berlin, 21. März. Die Belegung des Güterverkehrs der Reichsbahnen auf einigen Gebieten im Februar wurde durch den Rückgang des Verkehrs von Kohlen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen wieder ausgeglichen. Nur der Rartoffelverkehr hat wegen der Saatzeit zugenommen, im übrigen ist der Wagenbedarf der Landwirtschaft gering. Von Kasi wurden seit Mitte Februar täglich 1—2 ganze Eisenbahnzüge — nach Frankreich geleitet. Die Ausfuhr von Kohlen nach Holland hat zugenommen, dagegen wurden für das Inland 97 000 Tonnen weniger befördert als im Januar. Der Verkehr von Getreide, Mehl und Zucker ging zurück. Der Personenverkehr war dem im Januar gleich. Die Einnahmen im Februar betragen 292 806 000 M. (889 832 000 M.), die Gesamtausgaben 333 290 000 M.

Der Personalbestand der Reichsbahn betrug am 1. Januar 682 795 Kräfte, dazu 67 366 Hilfsarbeiter, zusammen 750 161.

Die Kriegsschulden der Verbündeten

London, 21. März. Nach einer amtlichen Mitteilung im Unterhaus schuldet England an die Vereinigten Staaten 960 Millionen Pfd. Sterling. Davon sind bis jetzt 14,4 Millionen an Kapital und 106,3 Millionen Pfd. an Zinsen zurückbezahlt. Frankreich schuldet an England 647 103 700 Pfd. St. und an die Vereinigten Staaten 800,7 Millionen Pfd.; Frankreich hat noch keinerlei Zahlung geleistet. Die von Amerika an Frankreich bei Kriegsende überlassenen Heeresgeräte usw. sind in dieser Summe nicht eingerechnet. Italien schuldet an England 610,84 Millionen Pfd., wovon 2 Millionen kürzlich zurückbezahlt wurden; an die Vereinigten Staaten schuldet Italien 419 Millionen Pfd., wovon 1 066 000 Pfd. zurückbezahlt sind. Dazu kommen noch die Schulden der kleineren Verbündeten.

